

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59615

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

London aber hatte sich mit einem afrikanischen Führer arrangieren müssen, dessen Aufstieg man nicht zuletzt durch das Programm des local government hatte verhindern wollen, da die Briten in ihm zunächst durchaus den Vertreter einer Schicht sahen, die sich nur dem eigenen Vorteil und nicht dem Wohlergehen der Massen verpflichtet fühlte. In diesem Sinne hatte F. J. Pedlar noch wenige Monate zuvor am 1. November 1946 festgehalten: »What is wanted now is a vigorous policy of African local government which will progressively democratise the present forms and bring literales and illiterales together, in balanced and studied proportions, for the management of local finances and services. Failing this, we shall find the masses opt to follow the leadership of demagogues who want to turn us out very quickly« (Dok.-Nr. 43).

Ungeachtet aller Anstrengungen, Afrika im britischen Sinne in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht zu entwickeln und seine Ressourcen – nicht zuletzt im Sinne der einheimischen Bevölkerung – zu erschließen, waren vor allem aufgrund der internationalen Rahmenbedingungen und der schwindenden Macht Großbritanniens im internationalen Staatensystem offenbar auch die Tage der britischen Herrschaft in Afrika gezählt. Von den Entwicklungen in den fünfziger Jahren werden dann die folgenden Bände dieser beeindruckenden und für die Forschung künftig unverzichtbaren Edition Zeugnis ablegen.

Rainer LAHME, Passau

Das Nordatlantische Bündnis 1949–1956, hg. von Klaus A. MAIER, Norbert WIGGERSHAUS, unter Mitarbeit von Günther HEBERT, München (R. Oldenbourg) 1993, 324 S. (Beiträge zur Militärgeschichte, 37).

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums hat die Staaten in Ost wie West vor revolutionäre Herausforderungen gestellt. Erste Hoffnungen auf den Beginn eines »goldenen Zeitalters« nach der Überwindung der Systemgegensätze weichen allmählich Anzeichen tiefer Verunsicherung. Auch der »Sieger« des welthistorischen Ringens, das Nordatlantische Verteidigungsbündnis, sucht nach neuen Aufgaben und Zielen. Als Zwischenbilanz eines Forschungsprojektes über die Formationsphase des Atlantikpaktes, der »immer auch ein politischer und wirtschaftlicher Staatenverband war« (Günter ROTH, S. 7), liegt nun ein umfangreicher Sammelband von Beiträgen einer wissenschaftlichen Tagung vor, die das Militärgeschichtliche Forschungsamt im September 1990 zum Thema »Das Nordatlantische Bündnis 1949–1956« veranstaltete. Zwei Problemkreise standen im Mittelpunkt der Betrachtung: die Bedrohungsperzeptionen vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes sowie die »interne Perspektive des Bündnisses ... als Verstrickung von europäischer und amerikanischer Politik unter Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte« (S. 7). In diesem Sinne analysieren Norbert WIGGERSHAUS und Alexander FISCHER in einem ersten Teil die internationalen Rahmenbedingungen anhand der nordatlantischen Bedrohungswahrnehmungen im Kalten Krieg beziehungsweise der sowjetischen Reaktion auf die Gründung der NATO. Im zweiten Abschnitt des Bandes wird die politische und ökonomische Zusammenarbeit thematisiert, wobei Klaus SCHWABE über Bündnispolitik und Integration handelt, Werner ABELSHAUSER wirtschaftlichen Aspekten des Kalten Krieges nachgeht und Heinz-Werner WÜRZLER die Anfänge kanadischer Militärhilfe für die europäischen NATO-Partner beleuchtet.

In einem dritten Komplex werden dann Aspekte der militärischen Integration untersucht: von Wichard WOYKE die Militärorganisation der NATO, von Christian GREINER die Bedeutung Kontinentaleuropas für die militärischen Planungen der NATO; Rolf TAMNES stellt die Rolle der Nordflanke des Bündnisses heraus, während Leopoldo NUTI die der Südflanke hervorhebt. Wilhelm MEIER-DÖRNBERG skizziert schließlich das Verhältnis zwischen NATO und der nicht zum Zuge gekommenen EVG.

Eine vierte Sektion widmet sich schließlich dem Problem der Nuklearpolitik aus der Perspektive der USA (Klaus A. MAIER), Großbritanniens (Jan MELISSEN), Frankreichs (Jean

DELMAS) und der Bundesrepublik (Peter FISCHER). Eine zusammenfassende Betrachtung von John GILLINGHAM und der Kommentar des Zeitzeugen Ulrich DE MAIZIÈRE schließen den wichtigen Band zur Historiographie und Erforschung der Geschichte der NATO ab.

Wenngleich sie nicht alle Parzellen dieses weithin noch brachliegenden Forschungsfeldes beackern konnten, gelang es den Autoren in ihren sechzehn überwiegend aus den Quellen gearbeiteten, zwar nicht immer neuen, aber sehr wohl lesenswerten Beiträgen doch sehr überzeugend, eine Reihe von wichtigen Fragestellungen aufzuwerfen und damit der weiteren Forschung fruchtbare Anstöße zu geben.

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

Hans EHLERT, Christian GREINER, Georg MEYER, Bruno THOSS, Die NATO-Option, München (R. Oldenbourg) 1993, XXII–1220 S. (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, 3).

Das Problem der Wiederbewaffnung gehörte zweifellos zu den umstrittensten Themen nach der Gründung der Bundesrepublik. Eine umfassende Gesamtdarstellung dieser »Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik« von 1949 bis 1956 bereitet seit nunmehr zwölf Jahren das Militärgeschichtliche Forschungsamt Freiburg vor. Hatte der 1982 erschienene erste Band die sicherheitspolitische Entwicklung Westdeutschlands »von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan« aufgezeigt, behandelte der zweite die »EVG-Phase« der Jahre 1950 bis 1954. Der nun vorliegende dritte Band untersucht in vier großen, mit Skizzen und Graphiken angereicherten monographischen Beiträgen die »NATO-Option« von 1954 bis 1956. Im ersten Teil analysiert Bruno THOSS den Beitritt Bonns zu WEU und NATO vor dem Hintergrund von Blockbildung und Entspannung. Hans EHLERT rekonstruiert die innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge und die Wehrverfassung. Christian GREINER befaßt sich mit der militärischen Eingliederung der Bundesrepublik in die WEU und die NATO, und Georg MEYER beleuchtet die innere Entwicklung der Bundeswehr bis 1960/61.

Das Scheitern der EVG im August 1954 mochte in mancher düsteren Augenblicksanalyse als schwarzer Tag für die westliche Sicherheits- und Europapolitik gelten. Tatsächlich aber kam es nicht zu dem befürchteten Einbruch. Statt einer allianzpolitischen Neuformierung die Bahn zu brechen, blieb das Ziel der »kontrollierte[n] Einbindung der Bundesrepublik in eine atlantisch verklammerte, westeuropäische Sicherheitsgemeinschaft« (THOSS, S. 232) erhalten. Freilich wurde der Weg modifiziert, die supranationale, europäische Integration durch jene auf der Basis souveräner Nationalstaaten ersetzt.

Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai 1955 erfolgte eine »wichtige generelle außenpolitische Weichenstellung für die Bundesrepublik [,] ... gleichzeitig auch eine entscheidende Zäsur in der europäischen Nachkriegsgeschichte« (EHLERT, S. 553). Innenpolitisch war die Debatte über die Ratifizierung vor allem von der Auseinandersetzung über die deutschlandpolitischen Folgewirkungen der Westbindung bestimmt. Während die Koalition sofort auf die rasch gefundene Ersatzlösung umschwenkte, wollte die SPD eine letzte Chance zur Wiedervereinigung ausgelotet wissen. Dieser zwischen Regierung und Opposition äußerst heftig ausgetragene Streit um die Reihenfolge von Viermächte-Verhandlungen und Vertragsratifizierung prägte auch die außerparlamentarische Auseinandersetzung um die Pariser Verträge. Nachdem sie den Bundestag passiert hatten, bedurfte es der gesetzlichen Grundlage zur Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen. Der allseitige Wille zu einem breiten parlamentarischen Konsens ermöglichte dabei einen »Brückenschlag über die Grenzen der Parteien« (S. 560), der entscheidend dazu beitrug, daß die Wehrgesetzgebung zum Ende der zweiten Legislaturperiode im wesentlichen abgeschlossen werden konnte.

Vor dem Hintergrund einer »komplizierten politisch-psychologischen Gemengelage« (MEYER, S. 1019) gelang es hingegen nicht, in der deutschen Öffentlichkeit eine breite